

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

FRAKTION IM RAT DER STADT MEERBUSCH

Bündnis 90 / Die Grünen - Meerbusch

An den Vorsitzenden des Bau- und Umweltausschusses

Leo Jürgens

Stadt Meerbusch

Ratsbüro

40667 Meerbusch-Büderich

Meerbusch, 2.9.2017

Anfrage zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 26.9.2017

Nitratbelastung im Grundwasser / Düngung landwirtschaftlicher Flächen

Sehr geehrter Herr Jürgens,

zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 26.9.2017 bittet die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN um Beantwortung folgender Anfrage:

Die Verwaltung wird um Auskunft gebeten:

1. Sind in städtischen Gewässern (Seen) und Brunnen erhöhte Nitratwerte nachzuweisen?
Wie hoch sind die Nitratwerte im Rohwasser der städtischen Seen und Brunnen?
Wie hoch sind die Nitratwerte im Rohwasser des Wasserwerks Lank (Grevenbroich und Willich)?
2. Welche möglichen Überschreitungen von Grenzwerten ergeben sich daraus?
3. In welchen Bereichen bestehen gegebenenfalls besondere Belastungen?
4. Ergeben sich für die Verwendung von Brunnenwasser Probleme für die Nutzer*innen?
5. Da die Belastungen durch übermäßige Düngung entstehen, bitten wir um Auskunft, ob diesbezügliche Gespräche mit den Meerbuscher Landwirten und Pächtern geführt werden?
6. Welche Maßnahmen von Seiten der Kreisbauernschaft bestehen, um Nitratbelastungen auf landwirtschaftlichen Flächen zu minimieren?
7. Bestehen vertragliche Regelungen, dass die Pächter*innen städtischer landwirtschaftlicher Flächen eine sachgemäße Düngung zur Vermeidung erhöhter Nitratwerte sicherstellen?
8. Wie wirken sich die möglichen Belastungen des Grundwassers auf die Wasserqualität des Leitungswassers aus?
Da unser Leitungswasser verstärkt aus tiefem Brunnenwasser gewonnen wird, die Qualität des Leitungswassers damit (noch) unterhalb der Grenzwerte sein dürfte, ist davon aus-

zugehen, dass diese Förderung mit erhöhten finanziellen Aufwendungen verbunden ist. Dies wirkt sich zwangsläufig auf die Frischwasserpreise aus.

1. Lässt sich grob darstellen, welche höheren Kosten daraus resultieren?
 2. Ab wann ist damit zu rechnen, dass die Nitratbelastungen auch in tieferen Grundwasserschichten festzustellen sind?
9. Verschiedene landwirtschaftliche Flächen werden mit niederländischem Dünger, zum Teil aus der Hühnerhaltung, gedüngt. Hieraus ergeben sich zum Teil massive Geruchsbelastungen.
- Ist es richtig, dass
1. die Landwirte für den Dünger aus den Niederlanden Geld erhalten statt dafür zu bezahlen?
 2. dieser Dünger in den Niederlanden nicht aufgebracht werden darf oder die Verwendung starken Auflagen unterliegt?
 3. Wird diese Aufbringung auf städtischen Flächen kontrolliert?
10. Wer ist in Meerbusch für die Kontrolle der Trinkwassergrenzwerte verantwortlich?
11. Wer ist in Meerbusch für die Kontrolle der Einhaltung der Düngeverordnung zuständig?
12. Wurden bereits Maßnahmen zur Stärkung des Gewässerschutzes mit Hilfe von Digitaltechnik eingesetzt, um eine effizientere Düngung zu erzielen, insbesondere in Sensoren investiert, die den Stickstoffgehalt der Pflanzen und damit deren Düngebedarf berechnen können?

Hintergrund: <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Experten-Verschaerfte-Umweltvorschriften-treiben-digitale-Duengung-an-3772634.html>

Hintergrund:

In der überregionalen Presse wird regelmäßig über diese Problematik berichtet. Die Belastungen aktuell und zukünftig werden als erheblich beschrieben, sowohl was gesundheitliche wie auch zunehmend finanzielle Auswirkungen angeht. Die Wasserversorgung dürfte bereits aktuell kostspieliger sein als nötig und es sind weitere Steigerungen der Kosten für die Trinkwasserversorgung zu erwarten. Das halten wir in der Auswirkung für die Nutzer*innen für unangemessen.

Aus den Trinkwasseranalysen der WBM und des Wasserwerks Willich ergibt sich, dass die Nitratwerte im Trinkwasser danach für Osterath bei etwa 22 mg/l liegen, für den größten Teil Buderichs (Wasserwerk Grevenbroich) bei 24 mg/l und für die Rheingemeinden/Lank bei fast 34 mg/l. Bei einem Grenzwert von 50 mg/l muss insbesondere im Wasserwerk Lank sicher kräftig gemischt werden.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN halten deshalb einen aktiven Eingriff, dort wo dieses möglich ist, und einen entsprechenden Austausch mit den Landwirten für erforderlich.